



## Mitglieder des Deutschen Bundestages

Ihre Exzellenz der Botschafter der  
Bolivarischen Republik Venezuela  
Herr Ramon Orlando Maniglia Ferreira

Per E-Mail: [embavanez.berlin@botschaft-venezuela.de](mailto:embavanez.berlin@botschaft-venezuela.de)

Berlin, 06. Januar 2025

### **Zur menschenrechtlichen und humanitären Situation in Venezuela**

Sehr geehrter Botschafter Ihre Exzellenz Ramon Orlando Maniglia Ferreira,

Ihre Republik Venezuela und unsere Bundesrepublik Deutschland verbinden eine enge Beziehung. Gerade aus dieser langjährigen Partnerschaft und Verbundenheit in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft heraus, wenden wir uns als Abgeordnete des Deutschen Bundestages an Sie. Wir sind über die aktuellen Entwicklungen in Ihrem Land, insbesondere seit den Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2024, besorgt.

Hier in Deutschland und auch vor Ort in Venezuela stehen wir in einem stetigen Austausch mit Organisationen und Menschenrechtsverteidiger\*innen. Diesem und der internationalen Berichterstattung entnehmen wir, dass im Zuge der Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2024 Repression, Verfolgung und Kriminalisierung der Zivilgesellschaft und der Opposition zugenommen haben. Es ist ebenso zu vernehmen, dass diese Gewalt seitens der Regierung verschärft angewandt wird. Demnach kam es bei landesweiten Protesten, die sich gegen das offizielle Ergebnis der Wahl richteten und eine Annullierung der Abstimmungen forderten, zur erhöhten Gewaltanwendung. Massenverhaftungen, Einschüchterung und Menschenrechtsverletzungen durch paramilitärische Gruppen, die Nationalgarde, die Polizei und den Geheimdienst werden hier explizit genannt.

In Anbetracht dieser Situation ersuchen wir Sie dankend, anknüpfend an internationale Standards, die Verfolgung von Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen zu beenden, politische Gefangene umgehend freizulassen, faire Prozesse für die Angeklagten und Verhafteten der Proteste im Zuge der Präsidentschaftswahlen, sowie Haftbedingungen nach internationalen Standards, insbesondere für Jugendliche, zu gewährleisten, und alle Gesetzesinitiativen, die den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken, zurückzunehmen. Dazu gehören das 2017 verabschiedete Gesetz gegen den Hass,

das im April 2024 verabschiedete Gesetz gegen Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Formen, das im August 2024 verabschiedete Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungs- und sozialen Organisationen und das im November 2024 verabschiedete Gesetz Simón Bolívar.

Weiterhin erbitten wir, in Ansehung unserer langjährigen demokratischen Zusammenarbeit, die Wahlergebnisse zur Präsidentschaftswahl vom 28. Juli 2024 im Sinne der Transparenz und der Integrität des Wahlprozesses, und der Anerkennung des Willens des venezolanischen Volkes zu veröffentlichen. Entgegen den Präsidentschaftswahlen dieses Jahres erbitten wir weiterhin eine unabhängige Beobachtermission der Europäischen Union, die eine lange Bilanz unabhängiger und unparteiischer Beobachtung vorzuweisen hat, bei der anstehenden Parlamentswahl im Jahr 2025 zuzulassen.

Seit langer Zeit arbeiten Venezuela und Deutschland auch in der Entwicklungszusammenarbeit vertrauensvoll und mit großer Wertschätzung zusammen, insbesondere im Bereich der Humanitären Hilfe. In Anbetracht auch dieser Verbundenheit möchten wir hervorheben, dass eine humanitäre Hilfe und internationale Zusammenarbeit zur Linderung des Leids der Bevölkerung beitragen kann.

Sehr geehrter Herr Botschafter, Ihre Aufmerksamkeit in dieser Angelegenheit wissen wir sehr zu würdigen und begrüßen es, zu diesem Thema im Austausch zu bleiben. Für weiterführende Gespräche stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit ausgezeichneter Hochachtung,

**Max Lucks**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Frank Schwabe**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Jens Beeck**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Heike Engelhardt**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Susanne Menge**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Derya Türk-Nachbaur**

Mitglied des Deutschen Bundestages